Rede zum 68. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Am Denkmal im Goethepark Panketal

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde und Genossen,

Es gehört zu dem Selbstverständnis der Linken, den 8. Mai 1945 nicht nur schlechthin als Ende eines furchtbaren Krieges zu betrachten, sondern als den Tag der Befreiung. Befreit wurden nicht nur die unterjochten Länder Europas, sondern auch das deutsche Volk. Ein verbrecherisches System und ein barbarischer Krieg, der mehr als 60 Millionen Menschen das Leben kostete, sind durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition beendet worden. Ein Kampf, das wollen wir nicht vergessen, bei dem die Sowjetunion die Hauptlast und die größten Verluste zu tragen hatte. Zu Ende ging ein verbrecherischer Krieg, der im Osten zielgerichtet als „Vernichtungskrieg“ geführt wurde und bei dem erstmals in der Weltgeschichte die industrielle Vernichtung von Menschen praktiziert wurde.

Es ist eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte, dass dieser Krieg von Deutschland angezettelt wurde. Mit Hitlers Machtergreifung vor 80 Jahren wurden die Weichen gestellt für die Errichtung eines Terrorregimes im Innern und die Umsetzung einer größenwahnsinnigen Vision der „Neuordnung Europas“ nach außen. Die Mehrheit der Deutschen, die Generation unserer Väter und Großväter, hatte damals unter Verdrängung der Untaten und Verbrechen der Nazis Hitler begeistert zugejubelt, die NSDAP gewählt und in mehr oder minder starkem Maße dieses Terrorregime mit getragen. Sie fühlten sich aus den unterschiedlichsten Gründen 1945 keineswegs als befreit.

Wenngleich die Nachgeborenen nicht mit der Schuld vorangegangener Generationen belastet werden können, so tun sie doch gut daran, die Erinnerung daran wach zu halten, um zu begreifen, wie dieser Zivilisationsbruch zustande kam und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, sowohl für die Gestaltung heutiger Politik und Gesellschaft als auch für das ganz persönliche Leben jedes Einzelnen.

Der Antifaschismus als politische Grundhaltung gehört zu den anerkennenden und bleibenden Leistungen der Nachkriegsentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Währenddessen wurde der 8. Mai in der BRD der 50er und 60er Jahre mehrheitlich als „Tag der Kapitulation“ begangen. Und man hatte es sehr eilig, den Eliten des untergegangenen Nazi-Regimes unabhängig von dem Ausmaß ihrer Verstrickung erneut Führungsfunktionen zu übertragen. Das änderte sich erst mit den von der 68er Bewegung ausgehenden Veränderungen. Und es dauerte weitere Jahre, bis allmählich eine andere historische Wertung Fuß fassen konnte, die 1985 durch den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht wurde: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Dennoch herrscht bis heute in den Amtsstuben des bunderepublikanischen Staates ein antikommunistisches Feindbild vor, das mit einer merkwürdigen Tolerierung und Unterschätzung gegenüber rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen verknüpft ist. Im Freistaat Sachsen war man sehr schnell dabei, jene, die in den letzten Jahren mutig gegen die Naziaufmärsche in Dresden den zivilen Widerstand organisierten, vor Gericht zu stellen. Bei der konsequenten Verfolgung von rechtsradikalen Gewalttaten sind Polizei und Justiz jedoch weniger eifrig. Fassungslos registrieren wir, dass seit 1990 153 Menschen durch Neonazis getötet worden sind, ein

rechtradikales Mördertrio über zehn Jahre sein Unwesen treiben konnte oder in Teilen des Landes sogenannte „national befreite Zonen“ ausgerufen werden.

Halten wir an diesem 8. Mai also einen Moment inne, schauen auf die historischen Ereignisse und gedenken der Toten auf den Schlachtfeldern, in den Lagern und Folterstätten und der vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Unter den Opfern auch jene Zepernicker Bürger, die durch die Nazis umgebracht wurden und an dieser Stelle geehrt werden.

Erheben wir unsere Stimme gegen das Vergessen. Schärfen wir unsere Sinne für die Gefahren, denen die Demokratie ausgesetzt ist. Werden wir uns angesichts der hier geehrten Opfer der Nazi-Herrschaft auch bewusst, dass die Gesellschaft stets das soziale Engagement des Einzelnen benötigt. Zeigen wir Zivilcourage, wenn etwas quer läuft im Gemeinwesen, wenn Rechtsradikale versuchen, mit Demos und Aufmärschen das öffentliche Bild zu beherrschen. Treten wir dagegen auf, wenn uns im Alltag Rassismus oder Antisemitismus begegnet. Erheben wir unsere Stimme, wenn uns die Bundesregierung weismachen will, dass Deutschland oder der Frieden am Hindukusch oder sonst irgendwo in der Welt verteidigt werden muss. Mischen wir uns also ein und nehmen Einfluss auf die Gestaltung der Verhältnisse, in denen wir leben möchten.